
Ausführlicher Bericht

Tagesordnung

Präsenzen.....	2
Öffentliche Sitzung.....	2
1. Mitteilungen des Schöffenrates	2
2. Kommunale Finanzen.....	2
2.1) Stellungnahmen und Gutheißen des berechtigten Haushalts des Jahres 2023 und des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2024.....	2
3. Kommunale Raumplanung und Umwelt.....	16
3.1) Allgemeiner Flächennutzungsplan der Gemeinde Käerjeng – Punktuelle Abänderung des Artikels 12 - Parkplätze.....	16
3.2) Punktuelle Abänderung des gesonderten Bebauungsplans „Falterbaach – rue de la Chapelle“ in Küntzig.....	18
4. Kommunale Verordnungen.....	18
4.1) Abänderung des kommunalen Bautenreglementes	18
4.2) Abänderung der internen Betriebsordnung der Grundschulen in Niederkerschen 18	
4.3) Abänderung der internen Betriebsordnung der Grundschulen in Küntzig	18
5. Kommunaler Immobilienbestand.....	19
5.1) Erwerb von Grundstücken in Linger.....	19
6. Personalangelegenheiten	19
6.1) Betreuungseinrichtungen – Schaffen von Posten für die Bedürfnisse der neuen Maison Relais in Niederkerschen.....	19
7. Bestätigen von zeitlich begrenzten Verkehrsverordnungen.....	20
7.1) Zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in Niederkerschen, im Ort „Boulevard John F. Kennedy“, zwischen der „Cité Charles de Gaulle“ und der „Rue de la Continentale“, aus Dringlichkeitsgründen am 1. Dezember 2023 vom Schöffenrat beschlossen - Bestätigung.....	21
7.2) Zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in Oberkerschen, im Ort „Rue de la Gare“, auf Höhe der Hausnummern 48, 48A und 48B, aus Dringlichkeitsgründen am 1. Dezember 2023 vom Schöffenrat beschlossen - Bestätigung	21
8. Fragen und Antworten	21
9. Kommunale Kommissionen	22
9.1) Beratende Kommissionen – Ersetzen von Mitgliedern in den kommunalen Kommissionen	22

Mairie :
24, rue de l'Eau
L - 4920 Bascharage

Adresse postale :
B.P. 50
L - 4901 Bascharage

Präsenzen

Anwesend: Michel Wolter (CSV), Bürgermeister, Yves Cruchten (LSAP) und Frank Pirrotte (CSV), Schöffen ; Danielle Schmit (CSV), Josée-Anne Siebenaler-Thill (déi gréng), Arsène Ruckert (LSAP), Christian Kirwel (CSV), Louis Philippe (CSV), Nathalie Demeyer-Scholler (CSV), Jil Feipel (LSAP), Jérôme Hautus (DP), Fernand Kartheiser (ADR) und Vincenzo Turcarelli (Piraten), Gemeinderäte ; Jean-Marie Pandolfi, Gemeindesekretär.

Entschuldigt : Mireille Duprel (LSAP, Vollmacht zur Abstimmung an Yves Cruchten), Tom Ferber (CSV, Vollmacht zur Abstimmung an Michel Wolter),

Beginn der Sitzung : 8:15 Uhr

Ort : Rathaus / Sitzungssaal

Öffentliche Sitzung

1. Mitteilungen des Schöffensrates

Bürgermeister Michel WOLTER: Ich möchte den Gemeinderat über eine anstehende Arbeitssitzung am 25. Januar 2024 informieren, gemeinsam mit der kommunalen Mobilitätskommission, bezüglich der Präsentation der Studie über die Verkehrsberuhigung in den Ortschaften der Gemeinde Käerjeng. Das Ergebnis der Studie gilt es zu diskutieren, bevor wir damit an die Öffentlichkeit gehen.

2. Kommunale Finanzen

2.1) Stellungnahmen und Gutheißen des berechtigten Haushalts des Jahres 2023 und des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2024

Die von der Rätin Josée-Anne Siebenaler-Thill schriftlich eingereichten Fragen Bürgermeister Wolter wurden schriftlich beantwortet und die Antworten an alle Gemeinderäte ausgeteilt.

Bürgermeister Michel WOLTER: Nach der Präsentation der Haushaltsdokumente in der vergangenen Woche möchte ich den Sprechern der einzelnen Parteien die Gelegenheit geben, Stellung zum Haushaltsentwurf zu nehmen.

Rätin Jil FEIPEL: An erster Stelle möchten wir Herrn Haag sowie allen beteiligten Mitarbeitern für die Ausarbeitung des Haushaltsentwurfs danken.

Nach der Analyse des berechtigten Haushalts des Jahres 2023 und dem Entwurf für das Jahr 2024 stellt die LSAP zufrieden fest, dass die Gemeinde Käerjeng sich in einer guten finanziellen Situation befindet. Mit einem Budget, das rund 58,5 Millionen an ordentlichen Einnahmen bei 49,3 Millionen an ordentlichen Ausgaben beinhaltet, bleiben der Gemeinde gut 9 Millionen € an Überschuss, der dann investiert werden könnte.

Man darf aber nicht vergessen, dass das wirtschaftliche Wachstum aktuell, und auch noch im Jahr 2024, abgebremst werden wird, durch die Inflation, die hohen Zinsen und viele andere Elemente, die unsere Wirtschaft beeinflussen. Dies muss uns auch weiterhin bewusst sein, wenn es um unsere Gemeindefinanzen geht, und es ist deshalb wichtig, dass wir auch in Zukunft einen gewissen Überschuss behalten.

Rückblickend auf das Haushaltsjahr 2023 konnten mit den außerordentlichen Ausgaben wichtige Projekte finanziert werden, bei denen zum Teil noch Beträge hinzukommen werden.

Der Großteil des außerordentlichen Haushalts 2023 diente der Finanzierung der neuen Vorschule in Niederkerschen, des Festsaals und des Dorfkerns in Küntzig und der Neugestaltung des „Boulevard Kennedy“. Diese durchaus notwendigen und wichtigen Projekte hat die LSAP mitgetragen.

Beim Blick auf den Haushalt des Jahres 2024 möchte ich zuallererst betonen, dass das Schaffen einer größeren Struktur für die Früherziehung, welche mit einer größeren Kapazität mehr Familien die Möglichkeit geben wird, ihre Kinder zu angepassten Zeiten in die Früherziehung zu geben, eine Priorität der LSAP darstellt. Dementsprechend begrüßen wir es, dass der Schöffenrat dieses Projekt angehen will und 100.000 € in den außerordentlichen Ausgaben für die Neugestaltung der alten Vorschule in Niederkerschen als Früherziehungsstruktur vorsieht.

Der Haushalt 2024 schließt aber auch einzelne Projekte ab, bevor der Übergang zu neuen Großprojekten vorbereitet wird, wie der Bau eines neuen Rathauses und die Neugestaltung der „Avenue de Luxembourg“.

Neben den Abschlüssen und der Vorbereitung auf den Bau des neuen Rathauses begrüßen wir, dass der Schöffenrat nach dem Bau der Küntziger und der Niederkerschener Vorschule nun den Umbau und die Renovierung der beiden Grundschulgebäude in Küntzig vorsieht. Dies ist in der Tat notwendig und dringender als die Renovierung der Küntziger Sporthalle. Eine Renovierung der Sporthalle in kleinerem Umfang ist in unseren Augen ganz vernünftig. Des Weiteren ist die Investition von 2,1 Millionen € in den sozialen Wohnungsbau absolut notwendig, wenn man die aktuelle Situation auf dem Immobilienmarkt betrachtet.

Abschließend ist die LSAP also der Ansicht, dass dieser Haushalt durchaus im Interesse der Gemeinde Käerjeng und all ihrer Bürger steht. Dementsprechend heißen wir den vorgeschlagenen Haushaltsentwurf gut.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Ich danke dem Bürgermeister für die Präsentation von letzter Woche und der Beantwortung meiner Fragen, der Finanzabteilung und allen anderen Dienststellen für die geleistete Arbeit und auch der Finanzkommission.

Zum berichtigten Haushalt 2023: in den Jahren 2016 bis 2020 lagen die ordentlichen Ausgaben, mit leichten Schwankungen, zwischen 32 und 35 Millionen €. Seit 2020 verzeichnen wir hier eine Steigerung: 2021 um knapp 2 Millionen €, 2022 um 2,5 Millionen € und 2023 um gar 6,5 Millionen €. Dies sind sogar nochmals 2 Millionen € mehr als im initialen Budget 2023. Von den 6,5 Millionen € sind 2,5 Millionen € auf die Erhöhung der Lohnkosten zurückzuführen. Im Jahr 2024 müssen wir mit fast 50 Millionen € an ordentlichen Ausgaben rechnen, also nochmals 4,5 Millionen € mehr als im Jahr 2023. Da glücklicherweise die ordentlichen Einnahmen parallel dazu auch angestiegen sind, konnten wir unsere Investitionskapazität jährlich bei zwischen 9 und 10 Millionen € halten. Dadurch dass wir in diesem Jahr fast 56 Millionen € verbuchen können, also rund 3 Millionen € mehr als erwartet, konnte die Explosion der Lohnkosten gut kompensiert werden, so dass uns etwa 11 Millionen € bleiben, um im außerordentlichen Haushalt zu investieren.

Hervorheben wollten wir, dass durch die in den letzten Jahren im Klimapakt und im Naturpakt geleistete Arbeit die Gemeinde in den Jahren 2023 und 2024 rund 700.000 € einnimmt, welche in zusätzliche Projekte und Zertifikationen in den besagten Bereichen investiert werden sollen. Erfreut sind *déi gréng* darüber, dass die Gemeinde im ordentlichen Teil in Punkto Kooperation weiter das Projekt im Malawi sowie das ASTM-Projekt im Burkina Faso unterstützt und sogar die Beiträge erhöht. Das Gleiche zählt für die Kompensationszulage für unsere Bürger, denn es ist *déi gréng* wichtig, dass wir zu der staatlichen Teuerungszulage noch etwas hinzugeben. Als Mitglied der kommunalen Fair-Trade-Gruppe begrüße ich besonders, dass 7.500 € vorgesehen sind für Sensibilisierungszwecke im Bereich des Fair-Trades.

Es heißt immer, neue Gebäude bringen neue Kosten mit sich. Dies stimmt umso mehr, wenn es sich um zusätzliche Gebäude handelt. Der neue Festsaal in Küntzig ersetzt den alten, der abgerissen wird, und sollte bei den Heizkosten wesentlich günstiger werden. Das Gleiche gilt für das neue Vorschul- und Maison-Relais-Gebäude in Niederkerschen. Wenn dann allerdings parallel neue Pfortnerposten geschaffen werden, die im Haushalt 2024 vorgesehen sind, steigen die Kosten. Aber eine Erklärung, wieso der Pfortner aus der alten Vorschule nicht einfach mit umzieht und ein neuer Posten geschaffen werden muss, haben *déi gréng* bis heute nicht bekommen. Das Gleiche zählt für den Küntziger Festsaal. Das kann nicht nur mit der neuen technischen Installation begründet werden, denn wenn etwas mehr Technik benötigt wird, werden wir auch dann auf die Dienste von externen Firmen

zurückgreifen müssen, so wie es derzeit auch im „Treff“ der Fall ist. Als der Festsaal geplant wurde, und auch noch während der Bauphase, waren wir uns noch alle einig, dass wir dort keinen Pfortner benötigen würden. Aus diesem Grund ist auch keine Loge vorgesehen. Natürlich zweifeln *déi gréng* nicht an, dass unser Pfortnerteam verstärkt werden muss, doch müssen es gleich drei Posten sein, von denen einer bereits in diesem Jahr besetzt wurde? Auch wenn die Gemeinde mit einem Lohnkosten-Verhältnis von 42% noch gut dasteht, müssen wir trotzdem vorsichtig bleiben bei der Einstellungspolitik und nur gezielt dort einstellen, wo es wirklich notwendig ist, wie im Bereich der Haustechnik, dem Gemeindesekretariat, den manuellen Mitarbeitern oder in der Maison Relais, wo ja jetzt mehr Kinder betreut werden können.

Zum außerordentlichen Haushalt: die wichtigen Großprojekte der letzten Legislaturperiode, „Boulevard Kennedy“, Zentrum von Kützig mit dem Festsaal, und die neue Vorschule mit Maison Relais in Niederkerschen, sind Projekte, die zum Teil abgeschlossen sind und die hohen Summen von insgesamt 54 Millionen € im Jahresabschluss 2022 und dem berichtigten Haushalt 2023 erklären. Die restlichen Rechnungen sind für 2024 eingeschrieben, zusammen mit den Subsidien, die wir noch erwarten. Die Fusionsgelder sind allesamt aufgebraucht, aber gut investiert. In Zukunft werden wir langsamer treten müssen. Da wir aber am Ende des Jahres 2024 eine nahezu schuldenfreie Gemeinde sein werden, werden *déi gréng* keine Bedenken haben, einer Kreditaufnahme für nachhaltige und wichtige Investitionen zuzustimmen, die wir noch mit auf die Schienen gesetzt haben. Beim Anvisieren des Pilotprojektes für ein neues Rathaus und einem umliegenden „shared space“, der neuen Kraft-Wärme-Kopplungsanlage und dem neuen Heiz- und Wasserfiltersystem in unserem Schwimmbecken, waren wir noch voll dabei. Das Gleiche gilt für das Projekt des neuen Schulhofs „Op Acker“, die intelligenten Wasserzähler, die roten Ampeln an der Kreuzung der „Rue Jules Hemmer“ und die Verkehrsberuhigung in allen Teilen unserer Ortschaften.

In den letzten Jahren wurden einige Häuser erworben im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus, doch wir sehen konkret nur das Haus in der „Rue du Stade“ als kurzfristig verfügbar. Bei den anderen Häusern scheint noch nichts Konkretes vorgesehen zu sein, außer Startkrediten und Kosten von Studien, die im Budget eingeschrieben sind.

Déi gréng begrüßen die Studie zur Erweiterung des Angebots an Früherziehungsklassen. In diesem Fall müssen allerdings auch Betreuungsstrukturen und eine Kantine daran gekoppelt werden, denn ansonsten wird die Nachfrage kaum größer werden als zum jetzigen Zeitpunkt.

Schade finden wir, dass das neue Jugendhaus und das „Café social“ zeitlich nach hinten verschoben werden, doch es beruhigt uns, dass ein Startkredit von 100.000 € für den neuen Standort für die jungen Leute eingesetzt wurde, denn es ist uns wichtig, dass dieses Projekt schnell umgesetzt wird.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass noch bevor das Projekt der Kütziger Sporthalle angegangen wird, zunächst die Schulgebäude umgebaut werden. Wir erwarten die Vorstellung einer Studie und weitere Informationen diesbezüglich im Laufe des Jahres. Interessant finden *déi gréng* die Idee, sollte ich es denn richtig verstanden haben, den neuen Probesaal für die Musikvereine in das neue Rathaus zu integrieren. Im Budget steht ein Startkredit von 100.000 € und wir sind gespannt auf die Pläne.

Bürgermeister Michel WOLTER: Da haben sie etwas missverstanden. Es wird kein Probesaal in das Rathaus integriert.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Ich war auch etwas erstaunt. Abschließend kann ich sagen, dass *déi gréng* froh sind, dass die großen nachhaltigen Projekte, die in der Vergangenheit angedacht wurden, von der neuen Majorität weitergeführt werden. Leider stellen wir fest, dass eine ganze Reihe von Sensibilisierungsprojekten für unsere Kinder und Bürger gestrichen wurden, ohne dass man eine Alternative parat hätte, wie beispielsweise die ökologischen Kinderaktivitäten des SICONA, „Nature for people“ von unserem Natursyndikat und das Projekt „Natur généissen“ in unseren Betreuungsstrukturen. Es ist das erste Mal, dass wir 15.000 € weniger in SICONA-Projekte investieren als im Vorjahr. Auch der informative ökologische Kalender, der von den Bürgern begrüßt worden war, wurde gestrichen. Dabei sind viele wichtige Themen in Sachen Abfall noch nicht behandelt. Es besteht noch akuter Bedarf nach Informationen in Bezug auf die grüne Tonne und die Valorlux-Sammlung, oder aber was in Toiletten entsorgt werden darf und was nicht.

Der Kalender behandelte diese Bereiche in Stichworten, wie beispielsweise unsere Abfallentsorgungsverordnung, was mehr bringt, als den Menschen ständig Flyer zukommen zu lassen. Wir bedauern es, dass das nicht mehr fortgeführt werden soll. Das „Repair Café“, welches gut funktioniert hat, hat seit zehn Monaten nicht mehr stattgefunden. Zwar wird es noch im Budget erwähnt, doch ansonsten hört man nichts mehr davon. Wir hoffen allerdings, dass es weitergeht, denn unsere Bürger waren begeistert davon. Die Broschüre mit Wander- und Radwegen in der Gemeinde, die im vorigen Jahr im Haushalt vorgesehen war, ist nun auch gestrichen. Bei „Käerjeng Live“ hatten *déi gréng* angeregt, für die Helfer auf T-Shirts ohne Jahreszahl zurückzugreifen, damit diese mehrmals getragen werden können, und dass man als Fair-Trade-Gemeinde beim Kauf auf Fair-Trade-Baumwolle achten sollte.

Obwohl wir voraussichtlich in den Jahren 2023 und 2024 etwa 500.000 € aus dem Klimapakt und weitere 200.000 € aus dem Naturpakt zur Verfügung haben, um in Projekte und Sensibilisierung der Bevölkerung, auch im Naturschutz, zu investieren, sehen wir nicht, wo eine Kontinuität der Sensibilisierungsarbeit wäre. Im Naturteam und im Klimateam, zwei ganz unterschiedliche Bereiche, haben wir hart gearbeitet, damit die Gemeinde gut dasteht und die Zertifikationen mit der finanziellen Unterstützung bekommt. Wir können uns vorstellen, dass neue Projekte umgesetzt werden, doch wir stellen in Frage, weshalb die Projekte gestrichen wurden, die bereits gut liefen.

Déi gréng werden also trotz vieler guter Projekte diesen Haushaltsentwurf nicht mittragen, weil wir mit manchem nicht einverstanden sind und uns verschiedene wichtige Aspekte fehlen.

Rat Fernand KARTHEISER: Ich möchte zunächst bemerken, dass ich beeindruckt bin von der Arbeit und der Präsentation dieser Dokumente. Daher schließe ich mich allen Danksagungen an die Verwaltung an.

Ich bin zum ersten Mal konfrontiert mit dem Haushaltsdokument der Gemeinde Käerjeng, deshalb werde ich nur mit Vorsicht ins Detail gehen, denn ich befinde mich noch in einer Lernphase. Ich bin dankbar für die ausführliche Präsentation des Bürgermeisters und die detaillierte Analyse meiner Vorredner.

Zu den Kriterien, die ich hier aufführen möchte, gehören das Allgemeininteresse der Gemeinde, für das wir uns alle einsetzen, und natürlich das Wahlprogramm der ADR, in welchem wir eine Reihe von Prioritäten identifiziert hatten, und wir wären selbstverständlich erfreut, wenn sich einige davon im Budget widerspiegeln würden.

Zum Allgemeininteresse gehört, dass wir ein Auge haben auf die Finanzlage der Gemeinde haben und sicherstellen, dass sich diese nicht verschlechtert. Wie meine Kollegen vorhin bereits bemerkten, ist sie in der Tat nicht schlecht, doch es kommen noch einige Unsicherheiten auf uns zu. In den letzten Gemeinderatssitzungen hatten wir bereits die Personalpolitik und den kommunalen Immobilienbestand kurz angesprochen. Zudem gibt es neue Aspekte zu beachten aufgrund eines rezenten Gerichtsurteils. Wir müssen also eine sehr vorsichtige Haushaltspolitik in den kommenden Jahren betreiben.

Wir müssen sicherstellen, dass wir die Bedürfnisse jeder einzelnen Ortschaft unserer Gemeinde gerecht werden. In Küntzig wurde mit dem Festsaal und dem Ortskern in den letzten Jahren viel investiert, doch es ist uns ein Anliegen, dass wir auch in den anderen Orten tun, was getan werden muss. Dazu zähle ich beispielsweise auch den Schutz vor Hochwasserschäden. In den vergangenen Jahren haben Naturphänomene so manchen Schaden angerichtet und es wurden bereits einzelne Maßnahmen getroffen, doch gibt es beispielsweise auch in Fingig spezifische Stellen, wo Starkregen zur Gefahr werden kann. Das müssen wir im Auge behalten und gegebenenfalls nachbessern. Die „Mierbaach“ wird derzeit genauer unter die Lupe genommen, doch dies ist nicht der einzige Problemfall in der Gemeinde.

In Diskussionen, die wir in den letzten Monaten hier geführt haben, sind wir auf Probleme aufmerksam geworden, die sich im Haushaltsentwurf jedoch nicht so widerspiegeln. Wir hatten eine ganz aufschlussreiche Diskussion über den Waldbestand in der Gemeinde, doch die entsprechenden Haushaltsposten wurden nicht erhöht, oder zumindest nicht in der Größenordnung, dass sie den geäußerten Sorgen entsprechen würden. Es ist wichtig, dass wir die Natur in unserer Gemeinde erhalten, deshalb fragen wir uns, wo die Kredite sind zum Pflanzen neuer Bäume, wenn wir wissen, dass viele Bäume krank sind.

Wir hatten mit den Kollegen der anderen Oppositionsparteien beantragt, dass jede Partei mindestens ein Mitglied in jeder kommunalen Kommission haben soll. Der Schöffenrat hat diesen Antrag unter Aufführung finanzieller Argumente verworfen. Nun sehen wir im Budget

den enormen Haushaltsposten von 40.450 € für Entschädigungen der Kommissionsmitglieder bei einem Gesamtbudget von rund 50 Millionen €. Ich verstehe die finanziellen Sorgen des Schöffensrates. Man hat sicherlich befürchtet, dass die paar zusätzlichen Kommissionsmitglieder den Haushalt aus dem Gleichgewicht bringen würden.

Bürgermeister Michel WOLTER: Herr Kartheiser, wenn ein Argument sicher nicht aufgeführt wurde, dann sind es die kommunalen Finanzen. Ich glaube mich zu erinnern, dass Sie der Einzige waren, der finanzielle Argumente ins Spiel gebracht hatte.

Rat Fernand KARTHEISER: Nun, dann muss ich wohl keine befriedigende Antwort erhalten haben, sonst hätte ich das Thema heute nicht wieder aufgreifen müssen. Bei 50 Millionen € hätte es möglich sein müssen, die Kommissionen so zu gestalten, dass jede Partei in jeder Kommission vertreten ist.

Beim Musikunterricht müssen wir abwarten, wie das neue Gesetz den Haushalt beeinflusst. Ich konnte jetzt noch keine große Auswirkung feststellen.

Ein weiteres Thema, das uns am Herzen liegt, ist der Kampf gegen die Verschmutzung. Auch hier hatten wir bereits Diskussionen betreffend die illegalen Mülldeponien, und es ist uns wichtig, dass die Gemeinde gegen diese Deponien vorgeht. Im Haushalt haben wir diesbezüglich keine gesonderten Aktionen ausmachen können. Das Gleiche gilt für die Lichtverschmutzung, wo wir uns eine engagiertere Position der Gemeinde erwarten. Im Budget finde ich lediglich die gewöhnlichen Unterhaltsposten für die öffentliche Beleuchtung. In diesem Bereich, wie auch bei den Verkehrsampeln, gibt es Methoden, mit denen man die allgemeine Lichtverschmutzung senken kann.

Beim Verhältnis mit den Kulturen haben wir festgestellt, dass die vorgesehenen Ausgaben auf Konventionen mit dem Kirchenfonds zurückgehen, doch diese Konventionen wurden seither nicht angepasst. In Anbetracht der steigenden Energiepreise in den letzten Jahren sind wir der Ansicht, dass diese Abkommen überarbeitet werden müssten, denn ich kann mir nicht vorstellen, dass man die Niederkerschener Kirche mit 3.000 € über das ganze Jahr beheizen kann.

Der Niederkerschener Friedhof ist zum Teil unwürdig. Besonders die Wiesenbestattung lässt zu wünschen übrig, denn man fragt sich, welche Symbolik die Gemeinde verfolgt, wenn sie drei Mülleimer gleich daneben aufstellt. Ich denke, wir sind es unseren Bürgern schuldig, diesen Ort würdiger zu gestalten.

Ich erlaube mir noch ein paar Kommentare in Bezug auf die Finanzpolitik der Gemeinde. Ich denke, es ist wichtig, die Finanzlage in den kommenden Jahren in Grenzen zu halten, die uns es ermöglichen, auch ohne Darlehen auszukommen. Eine Sorge meiner Partei betrifft die Sozialwohnungen. Wir finden es enorm wichtig, dass die Gemeinde in diesem Bereich investiert, doch wir vermissen eine transparente Auflistung der Kriterien, die zum einem Mietvertrag führen können. In den rezenten Diskussionen wurde das Öfteren von Personen mit internationalem Schutzstatus gesprochen, doch ich möchte betonen, dass diese sich genauso auf dem gewöhnlichen Wohnungsmarkt wiederfinden können wie alle anderen Einwohner auch. Man darf sie nicht mit Personen, die internationalen Schutz beantragen, verwechseln. Natürlich kann es für Personen mit internationalem Schutzstatus schwierig sein, eine geeignete Wohnung zu finden, doch das Gleiche gilt auch für sozial schwache Menschen, die seit jeher in unserem Land leben. Deshalb plädieren wir für transparente Systeme, die Sozialwohnungen für sozial schwache Personen zugänglich machen, egal aus welchem Grund sie auf eine Sozialwohnung angewiesen sind. Es darf keine Bevor- oder Benachteiligung für den einen oder anderen geben. Wir begrüßen aber ausdrücklich, dass die Gemeinde in Sozialwohnungen investiert und möglichst viele zur Verfügung stellen möchte.

Ich bedanke mich fürs Zuhören. Es dürfte niemanden überraschen, dass wir dem Haushaltsentwurf unsere Zustimmung nicht geben werden, doch ich möchte auch nicht den Eindruck erwecken, dass wir in allen Punkten kritisch wären. Es gibt viel Gutes in diesem Haushalt, das die ADR mittragen könnte, jedoch vermissen wir auch eine ganze Menge an Punkten, die für uns sehr wichtig sind.

Rat Vincenzo TURCARELLI (Piraten): Ich möchte Herrn Bürgermeister danken für die Vorstellung des Haushaltsprojektes. Ebenso gilt mein Dank der kommunalen Finanzabteilung, die uns dieses Haushaltsdokument so vorbildlich bereitgestellt hat, sowie allen Beamten für die Arbeit, die sie täglich zum Wohle unserer BürgerInnen leisten.

Für die Piraten und auch für mich ist dies die erste Rede zum Budget in der Gemeinde Käerjeng. Der kommunale Haushalt ist eines der wichtigsten Dokumente, über das wir hier im Gemeinderat abstimmen. Es geht darum, eine Politik umzusetzen, und das geht in den meisten Fällen nur mit Geld. Geld, das vom Steuerzahler erarbeitet wurde und das der Allgemeinheit zugutekommen soll. Sie werden feststellen, dass die Piraten das Budget sehr kritisch, doch vor allem konstruktiv kommentieren.

Ich möchte kurz den Gesamtstand des Haushaltsentwurfs für 2024 zusammenfassen, bevor ich mehr aufs Detail und auf die konkreten Projekte eingehe. Beim ordentlichen Haushalt sollen von 58 Millionen am Ende noch 9 Millionen übrigbleiben. Das sind immerhin noch 15%. Diese 9 Millionen € sollen dann im außerordentlichen Haushalt investiert werden, so dass der Haushalt 2024 unter dem Strich knapp positiv abschließt. Unsere Gemeinde hat fast keine Schulden. Das letzte Darlehen wurde im Jahr 2006 aufgenommen. Keine Schulden zu haben, hat unterschiedliche Vorteile. Die Gemeinde hat nur wenig Zinsen zu zahlen und kann dieses Geld nutzen, um es in konkrete Projekte zu investieren. Doch schuldenfrei zu sein, bedeutet leider nicht, dass unsere Gemeinde in allen Bereichen super ist. Durch die Tatsache, dass wir in der Vergangenheit nicht zur rechten Zeit Schulden aufgenommen haben, fehlen uns heute die Investitionen in Infrastrukturen, wie beispielsweise den Betreuungsstrukturen. Beim Durchstöbern des Haushaltsdokumentes ist mir ein kleines Detail aufgefallen, und zwar ein Ausgleichsdarlehen in Höhe von 4,5 Millionen €. Wir finden es seltsam, dass man das bereits in ein Haushaltsdokument einsetzt, wobei der Gemeinderat darüber abstimmen muss, bevor die Gemeinde ein Darlehen aufnehmen kann. Dadurch dass ich dem Gesamtbudget zustimme, stimme ich automatisch auch diesem Haushaltsposten zu. Anstatt eines Ausgleichsdarlehens sollten wir uns bereits jetzt Gedanken machen, was in unserer Gemeinde fehlt. Für notwendige Investitionen sind wir auch gerne bereit, ein Darlehen aufzunehmen, aber dann für etwas Konkretes.

Ich möchte nun kurz auf die Einnahmen der Gemeinde eingehen. Ohne Überraschung ist der Großteil der Einnahmen auf die staatlichen Zuwendungen sowie auf Subsidien der einzelnen Ministerien zurückzuführen. Bei der kommunalen Gewerbesteuer kann die Gemeinde rund 2 Millionen € einnehmen. Als Piraten sind wir für eine Senkung des Hebesatzes der Gewerbesteuer, um weitere Aktivitäten in unsere Gemeinde zu bekommen. Die CSV geht bekanntlich auf nationaler Ebene den Weg, dass weniger Steuern mehr Wirtschaftsaktivität mit sich bringt. In dieser Logik denke ich, dass wir in unserer Gemeinde den Hebesatz senken müssten, um kompetitiv und attraktiv zu bleiben im Vergleich zu anderen Gemeinden im Land.

Nun komme ich zum etwas konkreteren Teil des Haushalts, nämlich zu den Ausgaben. Viele Punkte wären es wert, erwähnt zu werden, doch ich werde nicht auf jeden einzelnen eingehen. Natürlich fällt auf, dass die Ausgaben für das Syndikat TICE um rund 60% auf 2 Millionen € steigen. Dies ist auch der Fall in den anderen TICE-Gemeinden. Wir stehen klar zum TICE und begrüßen jeden Cent, der in den öffentlichen Transport fließt. Wir wünschen uns vor allem, dass die Ortschaften Fingig, Küntzig und Linger von einem besseren Angebot profitieren können. Ich weiß, dass die Gehälter erhöht wurden, doch wir müssten mehr investieren, um bessere Verbindungen zu erhalten.

Beim Wohnungsbau stellen wir leider fest, dass nicht viel festzustellen ist. Alle Parteien haben während zwei Wahlkämpfen von Wohnungsbauoffensiven gesprochen. Insgesamt erscheint mir die Herangehensweise der Gemeinde im Wohnungsbau ziemlich vorsichtig. Das Gleiche ist auf nationaler Ebene festzustellen, was auch keine große Überraschung darstellt. Für die Piraten ist es klar, dass die Gemeinden hier mehr leisten müssen. Wir sollten uns mit unseren Nachbargemeinden zusammentun, um massiv Wohnraum in kommunaler Hand zu haben, der an Menschen vermietet werden soll, die in unserer Gemeinde verwurzelt sind. Wer sich einzig auf den Privatmarkt verlässt, legt seine Zukunft in die Hände von Großgrundbesitzern und Immobilienmaklern. Ich finde es aber lobenswert, dass die Gemeinde zumindest Kredite für Flüchtlingswohnungen vorgesehen hat. Das ist solidarisch. Würde jede Gemeinde das tun, wären wir ein gutes Stück weiter.

Ein weiteres wichtiges Projekt ist in unseren Augen die neue Vorschule mit Maison Relais in Niederkerschen. Doch wie bereits am Anfang meiner Rede erwähnt, fehlt es uns an Betreuungsplätzen. Dementsprechend ist diese Investition ein Muss. Ein weiteres Großprojekt, das im Haushalt zu Buche schlägt, ist die Mehrzweckhalle in Küntzig für 12 Millionen €, was auf die seit 2020 steigenden Kosten zurückzuführen sind.

Natürlich zeigt ein Budget immer politische Prioritäten auf, und natürlich fehlen uns Piraten Dinge, die der aktuellen Majorität vielleicht nicht wichtig sind. Ich würde es begrüßen, wenn

wir die Bürger der Gemeinde mehr in die Haushaltsaufstellung einbinden könnten. Deshalb hätte ich mir gewünscht, dass man einen Posten für ein partizipatives Budget vorgesehen hätte. Es gibt Gemeinden, die so ein paar Tausend € für Bürgerprojekte vorgesehen haben. Es soll nicht alles nur von uns Gemeinderäten beschlossen werden, sondern wir sollten den Leuten zutrauen, dass sie schöne Projekte anstoßen können.

Was mir außerdem in diesem Budget fehlt, sind Maßnahmen für eine bessere Umwelt und weniger Fossilenergie, wie zum Beispiel weitere Subsidien für Solaranlagen oder Regenwasserbehälter. Wir Piraten hatten auch die Idee, eine „Maison des Artistes et de la Culture“ zu schaffen, wo Künstler sich eine gewisse Zeit aufhalten und sich verwirklichen können und Ausstellungen stattfinden können.

Abschließend möchte ich sagen, dass dies ein Budget ohne große Zukunftsvisionen ist. Objektiv gesehen muss man der Gemeinde eine stabile und gesunde Finanzsituation zugestehen, die mit diesem Budget erhalten bleibt. Auch wenn das Dokument nicht überall so aufgestellt ist, wie man es gerne gehabt hätte, sind wir dennoch der Ansicht, dass wir das Budget mittragen können, da es eine Reihe an positiven Elementen beinhaltet. Dementsprechend unterstützen die Piraten den Haushaltsentwurf.

Rat Jérôme HAUTUS: Mein Dank gilt ebenfalls Herrn Wolter für die Präsentation, sowie Herrn Haag und allen beteiligten Beamten für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs. Ich möchte aber auch allen anderen Mitarbeitern der Gemeinde danken für die Arbeit, die sie im vergangenen Jahr im Dienste unserer Bürger geleistet haben.

Ich beginne mit den ordentlichen Einnahmen, bei denen wir feststellen, dass wir durch die staatlichen Zuwendungen fast 3,5 Millionen € an Mehreinnahmen haben gegenüber dem initialen Haushalt. Wir begrüßen außerdem, dass für 2024 nochmals ein Plus von rund 800.000 € vorgesehen sind. Dies bildet den Großteil unserer ordentlichen Einnahmen.

Wir sind erfreut, dass wir das im Budget eingesetzte Darlehen von 15,5 Millionen € nicht benötigt haben. Der Haushaltsentwurf 2024 enthält ein Ausgleichsdarlehen von 4,5 Millionen €, und falls dieses erneut nicht gezogen wird, läge die Schuld der Gemeinde am Ende des Jahres 2024 unter einer Million €, was die gute finanzielle Lage der Gemeinde verdeutlicht.

Bei den laufenden Projekten stellen wir fest, dass das Straßenbauprojekt des „Boulevard Kennedy“ um rund 3,5 Millionen € teurer wird als zu Beginn geplant, was eine beträchtliche Steigerung darstellt. Wir begrüßen den Starkredit für den Bau eines Treffpunkts für die Jugend, ein Projekt, das der DP bereits seit Langem am Herzen liegt und im Wahlprogramm unserer Partei enthalten war. Das Gleiche gilt für die „Avenue de Luxembourg“, deren Neugestaltung die Einwohner vor eine Herausforderung stellen und die kommunalen Finanzen belasten wird, doch es ist absolut notwendig, dass hier etwas passiert. Wir sind erfreut, dass das Projekt für eine lokale Markthalle im Budget vorgesehen ist. Dies stimmt uns optimistisch, dass wir bald eine solche Struktur in Käerjeng haben werden. Was unsere Grundschulen angeht, freut es uns, dass auch hier ein Starkredit vorgesehen ist für die Renovierung der Grundschulgebäude in Küntzig., denn dies wird unseren Kindern zugutekommen und die Neugestaltung des Küntziger Dorfkerns abrunden.

Wie zu Beginn erwähnt, sind wir froh, dass für 2024 keine substantielle Bankanleihe vorgesehen ist. Allerdings muss man sagen, dass die bereits erwähnten Projekte, zusammen mit dem Bau eines neuen Rathauses, einer Feuerwehrkaserne und einer Früherziehungsstruktur, nur mit einem Starkredit im Haushaltsentwurf stehen. Für all diese Projekte werden Investitionen im zweistelligen Millionenbereich nötig sein, die die zukünftigen Haushalte belasten werden. Allein mit dem ordentlichen Überschuss werden diese Ausgaben nicht zu decken sein, so dass wir an einem Darlehen nicht vorbeikommen werden. Wir können nicht mit Sicherheit davon ausgehen, dass die staatlichen Zuwendungen in Zukunft weiter ansteigen werden, wie es in den vergangenen Jahren der Fall war. Auch ist es gut möglich, dass die ordentlichen Ausgaben durch die allgemeine Teuerung weiter ansteigen werden, und es ist zu diesem Zeitpunkt nicht möglich vorauszusehen, zu welchem Zinssatz eine Bankanleihe getätigt werden kann. Wir befürchten daher einen substantiellen Anstieg der Verschuldung der Gemeinde in den kommenden Jahren, so dass nicht mehr viel Spielraum bleibt für andere wichtige Projekte. Trotz dieser Bedenken unterstützt die DP die zu Beginn erwähnten Projekte, die zum Teil auch in unserem Wahlprogramm zu finden waren. Deshalb stimmen wir für den Haushaltsentwurf 2024, und wir haben auch keine Einwände gegen den berichtigten Haushalt 2023.

Rat Christian KIRWEL: Auch ich danke zunächst dem Bürgermeister und den Damen und Herren aus dem Schöffenrat, sowie Herrn Haag und dem ganzen Gemeindepersonal für die gute Arbeit, die in den letzten Monaten in die Aufstellung dieser Dokumente investiert wurde. Wir sind uns bewusst, dass dies stets eine komplexe Aufgabe ist, und wir bedanken uns im Namen der CSV-Gemeinderäte.

Die letzten 15 Jahre zeichnen sich durch hohe Investitionen aus, im Sinne der Entwicklung unserer Gemeinde. Investitionen, die unsere Gemeinde vorangebracht haben und uns ermöglicht haben, den Bürgern in unseren Ortschaften moderne und angepasste Infrastrukturen und vor allem Lebensqualität zu bieten. Unsere Gebäude sind neu, modern und nachhaltig gebaut. Die Schulinfrastrukturen werden in den kommenden Jahren, nach Abschluss einiger Projekte (neue Vorschule mit Maison Relais und Renovierung der Schulgebäude in Küntzig), bereit sein für die Zukunft und den Anforderungen unserer Bürger entsprechen. Sport und Spiel wurde für Jung und Alt ausgebaut und lässt nichts mehr zu wünschen übrig. Der Immobilienbestand der Gemeinde wurde stets erhöht und somit für zukünftige Projekte und soziale Maßnahmen geschaffen. Auf diese Weise konnte garantiert werden, dass wir sowohl unsere aktuellen Infrastrukturen auf dem neusten Stand halten, als auch in die Zukunft investieren. Die Majorität hat den Plan, die Gemeindesituation auf allen Ebenen zu verbessern, konsequent durchgezogen.

Unsere Gemeinde wächst, die Aufgaben werden komplexer, die Digitalisierung wird vorangetrieben, die Begleitung der Projekte ist zeitaufwendig, und die Betreuung unserer Gebäude ist wichtig und notwendig. All diese Aufgaben benötigen kompetentes Personal in der richtigen Anzahl. Wir müssen auch weiterhin in unsere Personalaufstellung investieren. Nur so können wir unsere Gebäude instandhalten, die Spielplätze sauber und funktionell halten, aber auch unsere Projekte begleiten. Das Credo ist und bleibt: wir investieren in die Mannschaften, die wir brauchen. An alle Dienststellen ein großes Dankeschön, sie leisten fantastische Arbeit.

Auch für das Jahr 2023 können wir eine positive Bilanz ziehen, unsere Reserven sind intakt und sie werden uns erlauben, wenn auch mit einem vorsichtigen Investitionsplan, in Zukunft verschiedene Schwerpunkte in unserer Gemeinde auszubauen (Mobilität, Schulen, Straßen, Gemeindeverwaltung). Wir müssen weiterhin gut aufpassen, denn die Gesamtsituation ist nach wie vor instabil und die Kosten steigen allgemein. Leider müssen wir auch feststellen, dass die Bauprojekte in Verzug geraten und oft auch nicht unwesentlich teurer werden. Auch hier sind wir auf kompetentes Personal angewiesen, damit eine realistische und der Situation angepasste Planung der Projekte garantiert werden kann. Aber auch im Allgemeinen ist eine nachhaltige, effiziente und vorausschauende Herangehensweise in Zukunft notwendig. Ungeplante Preissteigerungen, hohe Energiepreise und Lohnentwicklungen sind sicher ein paar Beispiele, die das Haushaltsgleichgewicht in Gefahr bringen können. Deshalb empfiehlt es sich, aufzupassen, denn die aktuell instabile Lage stellt uns vor Herausforderungen. Ein insgesamt wackliges Umfeld bringt eine Reihe von Unsicherheiten mit sich. Im Moment sind wir noch nicht auf ein Darlehen angewiesen, unter anderem dank eines Plus an ordentlichen Einnahmen von 4 Millionen €, einer Reihe von noch nicht abgeschlossenen Projekten und der Tatsache, dass keine neuen Großprojekte begonnen wurden. Derzeit konzentriert man sich bewusst auf das, was nötig ist.

Eine Reihe von Projekten sind betroffen und werden dementsprechend teurer: Red-Rock-Trail, „Boulevard Kennedy“, Küntziger Kulturzentrum, „Rue de l'Ecole“ in Küntzig, Maison Relais und der Dorfkern von Küntzig.

Des Weiteren hat die Gemeinde nachhaltige Investitionen getätigt mit dem Ziel, Einsparungen beim Energieverbrauch zu machen. Die Verbesserung unseres Energiehaushalts wird seit einiger Zeit umgesetzt und es wird auch in Zukunft in diese Entwicklung investiert werden.

Auch der Haushalt 2024 schreibt sich weiterhin ein in eine vernünftige Investitionsstrategie. Nach dem Motto „Komfort, Sicherheit und nachhaltige Investitionen“ wird in den nächsten Jahren für den Bürger gearbeitet. Wir vorhin angedeutet, spielt die Teuerung eine Rolle, aber auch die staatliche Finanzierung soll nicht mehr die gleiche sein. Mit diesem Wissen müssen wir vorsichtig handeln und Projekte priorisieren, um eine vernünftige Entwicklung unserer Gemeinde zu garantieren, dies im Sinne unserer Bürger.

Eine Reihe von Projekten ist dennoch notwendig (+/- 54 Millionen €): Planung und Bau eines neuen Rathauses, Straßenbauarbeiten an der „N5 - Avenue de Luxembourg“, Neugestaltung der „Rue Bechel“, neue Früherziehungsstruktur (Ecole du Centre), dritte

Phase des Schulhofs „Op Acker“, neuer Musiksaal, neue Energiezentrale, Arbeiten am Niederkerschener Friedhof, Renovierung der Schulinfrastrukturen in Küntzig. Die Umgehungsstraße bleibt auch in diesem Jahr auf der Tagesordnung. Nach Höhen und Tiefen können wir behaupten, dass der aktuelle Verlauf von allen beteiligten Parteien begrüßt wird und scheinbar eine Einigung auf dem Tisch liegt. Trotzdem müssen wir Acht geben, dass die neue Regierung das Dossier konsequent vorantreibt und umsetzt. Wir bleiben positiv und engagieren uns weiter für die Umsetzung dieses Projekts. Dies führt uns zur Schlussfolgerung, dass unsere Gemeindefinanzen aktuell im Gleichgewicht sind, wir aber aufgrund der Teuerung riskieren, ein Darlehen zu benötigen. Vor allem müssen wir mit einer gewissen Vorsicht in die Zukunft blicken. Wir brauchen einen an die aktuelle Lage angepassten Haushalt 2024, das ist hier der Fall. In diesem Sinne wird die CSV-Fraktion den Haushalt 2024 einstimmig unterstützen.

Bürgermeister Michel WOLTER: Bevor ich auf ein paar Anmerkungen antworte, möchte ich mich für die jeweiligen Stellungnahmen und die konstruktive Atmosphäre bedanken. Ich habe den Eindruck, dass es jedem hier am Tisch um die Zukunft der Gemeinde geht, und auch wenn wir nicht alle immer einer Meinung sind, so haben wir alle heute das Wesentliche nicht aus den Augen verloren.

Ich stelle fest, dass jede Partei sich Gedanken um die finanzielle Situation der Gemeinde macht, was durchaus begrüßenswert ist. Die Finanzlage der Gemeinde ist mir in den vergangenen 14 Jahren stets ein Hauptaugenmerk gewesen und es war immer mein Anliegen, dass die Lage nicht aus dem Ruder läuft. Dementsprechend haben wir auch keine übermäßige Personalpolitik betrieben. Mit einem Verhältnis zwischen Personalkosten und ordentlichen Einnahmen von rund 40% sind wir eine der schlanksten Gemeindeverwaltungen im Süden des Landes, und ich bin davon überzeugt, dass wir auch mit einer schlanken Verwaltung den Bürgern ausgezeichnete Dienste leisten kann. Wenn man dann zusätzliche Dienste anbieten möchte, kann man diese bei externen Anbietern einkaufen, ohne dass man dafür eigenes Personal einstellen muss.

Die Personalkosten treiben den ordentlichen Haushalt an und legen fest, wie hoch der ordentliche Überschuss ausfällt, den man in außerordentliche Projekte investieren kann. Ohne ordentlichen Überschuss kann man Projekte nur über Darlehen finanzieren, und auch das nicht auf ewig. Wir sind konsequent den Weg gegangen, die Schuld, die wir 2005 aufgenommen haben, um den Schulcampus „Op Acker“ zu finanzieren, abzubezahlen. Diese Schuld wurde von einer ganzen Generation über 20 Jahre zurückgezahlt. Bis auf eine kleine Anleihe, deren Laufzeit noch bis 2031 geht, wären wir im Jahr 2025 schuldenfrei.

Ich verspüre um den Tisch das Bedürfnis, das eine oder andere Projekt zu verwirklichen, und ich habe letzte Woche bei der Präsentation des Haushalts betont, dass wir nun in einer Situation sind, in der wir nicht mehr alles gleichzeitig machen können, sondern eine Wahl treffen müssen. Sollte sich der ordentliche Überschuss verringern, wird uns die notwendige Investitionskraft fehlen, um in den kommenden 6 Jahren das ganze Investitionsprogramm zu verwirklichen. Und wenn man dann kein Darlehen aufnehmen möchte, wird man also Prioritäten festlegen und auf verschiedene Projekte verzichten müssen.

Es gibt meiner Ansicht nach in dieser Legislaturperiode zwei unabdingbare Projekte, auch wenn sie nicht in vollem Umfang in einer Legislaturperiode verwirklicht werden können: der Bau eines neuen Rathauses und die Neugestaltung der „Avenue de Luxembourg“. Diese beiden Großprojekte veranschlage ich mit rund 50 Millionen €. Nun kann man einem Darlehen ins Auge fassen, oder beschließen, ohne Fremdfinanzierung auszukommen, doch dann wird man entweder auf eines dieser Projekte verzichten müssen oder die beiden Projekte umsetzen, wobei dann kein anderes Projekt realisiert werden kann. Ich habe persönlich kein Problem damit, eine Schuld aufzunehmen für den Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes für die Gemeinde, denn das heutige Rathaus stammt aus den frühen 1960er Jahren und ist mittlerweile viel zu klein. Wir sind eine der letzten Gemeinden, die nicht in der rezenten Vergangenheit in ihre Verwaltungsinfrastrukturen investiert hat. Neben den unterirdischen Netzen haben wir in den letzten Jahrzehnten in Schule, Sport und Kultur investiert. Unsere Vertriebsnetze zählen zu den modernsten im ganzen Süden. Andere Gemeinden haben vielleicht mehr im Hochbau investiert, wir jedoch haben stets versucht, ein Gleichgewicht zu finden zwischen den obligatorischen Missionen einer Gemeinde und den Aufgaben, die man sich als Gemeinde geben kann. Wenn man also sagt, dieser Haushalt sei ein Budget ohne Zukunftsvisionen, dann muss ich sagen, dass es ein Budget der Zukunft ist, denn wir studieren rund 15 Projekte, um dann auf der Grundlage der

Kostenvoranschläge zu entscheiden, welche Projekte wir in den nächsten 6 Jahren auch umsetzen werden. So wie im Jahr 2018, ist auch der Haushalt 2024 ein Übergangsbudget. Auch damals haben wir zuerst die Projekte abgeschlossen, die in der vorangegangenen Legislaturperiode in Angriff genommen wurden, um sicherzustellen, dass wir die finanzielle Lage der Gemeinde richtig einschätzen können. Erst mit diesem Wissen haben wir dann beschlossen, welche Projekte wir als nächstes angehen können. Und genau so wollen wir das auch in diesem Jahr tun. Außerdem habe ich den höchst demokratischen Reflex, dass ich nicht vor den Gemeindewahlen einer eventuellen nächsten Majorität den Haushalt der nächsten vier Jahre diktieren möchte. Wir haben vor den Wahlen Studien über mögliche Projekte in Auftrag gegeben, aber ohne den Handlungsspielraum des nächsten Gemeinderates zu schmälern. Ich könnte mir natürlich auch so einiges vorstellen, was man realisieren könnte. So könnte ich mir auch eine „Maison des artistes et de la culture“ wünschen, doch angesichts der finanziell eingeschränkten Lage der Gemeinde steht ein solches Vorhaben bei mir nicht auf vorderster Priorität. Einerseits fehlen uns die finanziellen Mittel, andererseits gibt es solche Häuser in den größeren Nachbargemeinden. Man sollte immer wissen, was zu einer Gemeinde in der Größenordnung von Käerjeng passt. Ich habe nicht die Ambition, mit den größeren Kommunen zu konkurrieren. Dies entspricht nicht meiner Philosophie, und mit mir als Bürgermeister wird es keine Verschuldung auf Teufel komm raus geben. Ich bin einverstanden mit einer Verschuldung, die ich als sinnvoll erachte und die die Zukunft unserer Gemeinde nicht belastet. Ich bin mir bewusst, dass wir in einer Legislaturperiode rund 60 Millionen € investieren können, insofern sich die Lage nicht drastisch verändert. Wenn man also dann der Ansicht ist, dass man im gleichen Zeitraum mehr investieren will, muss man eine Schuld aufnehmen. Natürlich ist die Ausgangslage dann nicht mehr die gleiche wie vor fünf Jahren, doch ich muss Herrn Turcarelli entgegen, dass eine Gemeinde nicht einfach eine Schuld aufnehmen kann, nur weil es ein günstiger Zeitpunkt ist. Die kamerale Buchführung sieht vor, dass man zunächst die eigenen Reserven aufbraucht, bevor man ein Darlehen aufnehmen kann. Unsere Reserven werden wahrscheinlich ausreichen bis ans Ende des Jahres 2024, und das Ausgleichsdarlehen von 4,5 Millionen € ist nur für den Fall, dass die Liquidität nicht bis ans Jahresende reicht. Es ist also nicht mehr als eine Korrekturzahl, die gewährleisten soll, dass alle Ausgaben im Haushalt im Extremfall auch getätigt werden können. Aus Erfahrung wissen wir jedoch, dass die Ausgaben nie alle getätigt werden können, da auf jedem Haushaltsposten ein Maximum eingesetzt wird, und man im Laufe des Jahres dann sieht, wie schnell manche Projekte voranschreiten oder eben nicht.

Man darf auch nicht außer Acht lassen, dass ein Phänomen in den letzten Jahren unseren Haushalt zusätzlich belastet hat, und zwar die Kostenexplosion im Energie- und Bausektor seit der Corona-Pandemie. So werden wir am Ende etwa 10,7 Millionen €, verteilt auf 7 Projekte, an Mehrkosten tragen müssen, ohne dass wir etwas Erwähnenswertes an den Projekten geändert hätten und ohne jeglichen Einfluss unsererseits. Das entspricht in etwa dem ordentlichen Überschuss, und somit der Investitionskapazität, eines ganzen Jahres.

Zum Thema sozialer Wohnungsbau: was versteht man darunter? Traditionell bedeutete sozialer Wohnungsbau, dass die öffentliche Hand etwas baut und zu reduzierten Preisen Leuten anbietet, die gewisse Bedingungen erfüllen und die dann anschließend ein ganzes Leben lang darin wohnen können. Nun bin ich aber der Ansicht, dass es unter den heutigen Gegebenheiten nicht mehr sein kann, dass man mit den wenigen Sozialwohnungen ein paar Menschen während 40 Jahren glücklich macht. Vielmehr denke ich, dass man die öffentlichen Gelder nutzen muss, um mehr Menschen in den Genuss davon kommen zu lassen, indem man den Wohnraum für eine begrenzte Zeit den Menschen zur Verfügung stellt, die ihn benötigen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, wieder auf die Beine zu kommen, und anschließend einer nächsten Familie die gleiche Möglichkeit zu geben. Das ist für mich die große Frage, die sich im Bereich des sozialen Wohnungsbaus stellt, und ich bin gespannt darauf, wie jeder einzelne hier sich dazu positionieren wird. Die Gemeinde Käerjeng war bisher nicht viel aktiv in diesem Bereich. Wir hatten die Wohnsiedlungen „Cité Charles de Gaulle“ in Niederkerschen und „Am Bongert“ in Küntzig, das Appartementgebäude in der „Rue de la Résistance“, das wir an den „Fonds du Logement“ verkauft haben, und ein halbes Dutzend an vermieteten Wohneinheiten. Wir haben keine gesonderte Dienststelle, die sich um die Sozialwohnungen und ihre Mieter kümmert. Wenn wir aber jetzt verstärkt auf diesem Gebiet aktiv werden wollen, müssen wir uns die Frage stellen, ob wir die nötigen Mitarbeiter einstellen oder ob wir uns einen Partner suchen, dem wir das Ganze anvertrauen. In Anbetracht unserer finanziellen Möglichkeiten

haben wir in den vergangenen Jahren enorm viel in den sozialen Wohnungsbau investiert. Unter anderem haben wir für mehr als 6 Millionen € Grundstücke in Linger erworben, die dem sozialen Wohnungsbau zugutekommen sollen. Kürzlich haben wir das Haus Schütz erworben, das wir renovieren, um es als Sozialwohnung zur Verfügung zu stellen, sowie das Haus Petulova, das Haus Thorn in Fingig, ein Haus in der „Rue de l'Ecole“, das wir einer Flüchtlingsfamilie zur Verfügung stellen möchten. Wie Herr Kartheiser bereits erwähnte, gibt es Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen eine Sozialwohnung benötigen, und wir möchten gemäß unseren Möglichkeiten über ein gemischtes Angebot verfügen. Allerdings hat das Parlament im Juli ein Gesetz verabschiedet, welches verfügt, dass die staatlichen Subsidien zum Erwerb von sozialem Wohnraum gebunden sind an die zeitlich unbefristete Vermietung, welche von einer noch zu gründenden Anlaufstelle organisiert werden soll. Das heißt, die Gemeinde hat keinen Einfluss darauf, wer in den Genuss einer Wohnung kommt, die die Gemeinde zu diesem Zweck erworben hat. Ich bevorzuge die Vorgehensweise einer „AIS Kordall“, doch wenn wir uns für eine solche Zusammenarbeit entscheiden, werden wir keine Subsidien erhalten. Es bleibt dann außerdem noch die Frage, ob wir lediglich Wohnraum zur Verfügung stellen und die Menschen sich selbst überlassen, oder ob wir die Menschen begleiten und ihnen bestmögliche Voraussetzungen schaffen, um nach einer gewissen Zeit auf dem regulären Wohnungsmarkt Fuß zu fassen.

Ich möchte nun auf die einzelnen Reden eingehen. Frau Feipel hat den Haushaltsentwurf gut analysiert, so dass ich dazu nichts beizufügen habe. Das Gleiche gilt für Herrn Kirwel. Frau Siebenaler möchte ich noch einmal entgegnen, dass es falsch ist zu behaupten, dass die Kredite für Sensibilisierungskampagnen gesenkt werden. Die Kredite sind nach wie vor vorhanden, nur an unterschiedlichen Stellen. Wir arbeiten weniger mit dem besagten Syndikat zusammen, geben uns allerdings andere Möglichkeiten in anderen Bereichen. Der informative Umweltkalender wurde, entgegen den Behauptungen von Frau Siebenaler, nicht gut von den Bürgern angenommen und auf Anraten des ökologischen Dienstes gestrichen. Der Kostenpunkt stand in keinem Verhältnis zu dem, was dieser Kalender uns bringen würde. Das Projekt „Repair Café“ wird weitergeführt, im Januar wird die nächste Ausgabe stattfinden. Wir werden auch weiterhin unsere Bürger in Sachen Klima- und Naturschutz sensibilisieren. Ich finde es erstaunlich, dass *déi gréng* dem Haushaltsentwurf 2024 nicht zustimmen werden, denn mit Ausnahme von ein paar neuen Akzenten, die *déi gréng* auch begrüßen, wurde alles gemeinsam in die Wege geleitet. Ich begrüße es ausdrücklich, dass zwei Oppositionsparteien dem Haushaltsentwurf ihre Zustimmung geben. Herrn Kartheiser möchte ich sagen, dass wir unsere Finanzsituation selbstverständlich im Auge behalten, so wie ich das in der vergangenen Sitzung auch anhand von Tabellen in aller Transparenz aufgezeigt hatte. Überschwemmungen gehören zu meinen größten Sorgen, besonders da ich feststelle, dass die diesbezüglichen Studien immer noch nicht abgeschlossen sind. Leider sind wir darauf angewiesen, denn wir sind bei der Umsetzung von Maßnahmen abhängig von der Zustimmung der staatlichen Verwaltungen. Die Aktionen in unseren Wäldern sind Bestandteil des Forstwirtschaftsplans, der uns jedes Jahr von unserem Revierförster vorgestellt wird. Beim Musikunterricht verzeichnen wir einen substantiellen Anstieg der Lohnkosten, welcher nur zum Teil von einem Anstieg der finanziellen Beteiligung des Staates kompensiert wird. Wir haben uns stets die Richtlinie gegeben, dass die Musikschule unter dem Strich nicht mehr als 1 Million € netto pro Jahr kosten darf. Man darf nicht vergessen, dass dies ein gewisser Luxus ist, den wir uns gönnen gegenüber von anderen Gemeinden, die keine eigene Musikschule haben. Das Gleiche gilt übrigens für den TICE, wo 9 Gemeinden es sich leisten, die Differenz zwischen dem Kostenpunkt des privaten Sektors und jenem des öffentlichen Sektors zu tragen. Die Beteiligung am TICE steigt von 1,2 auf 2 Millionen €, und Herr Turcarelli möchte das Angebot noch ausbauen. Wenn ich die mittlerweile 1,4 Millionen € für den Musikunterricht und die 2 Millionen € für den TICE zusammenrechne, geben wir jedes Jahr 3,4 Millionen € im ordentlichen Haushalt aus, die andere Gemeinden nicht ausgeben. Nichtsdestotrotz bin ich der Ansicht, dass diese Ausgaben absolut gerechtfertigt sind, denn ich bin ein großer Fan der Musikschule und des Angebots des TICE. Ich mache mir jedoch Sorgen über die Entwicklung beim TICE, denn im kommenden Jahr haben wir zwar keine außerordentlichen Ausgaben im Haushalt, doch in den folgenden Jahren wird die Modernisierung des Fuhrparks zum Erreichen der Klimaneutralität rund 180 Millionen € kosten. Außerdem wird die Beteiligung an der Pensionskasse der Gemeindebeamten weiter ansteigen, was unsere Finanzkapazität zusehends schrumpfen lassen wird. Zum Thema öffentliche Beleuchtung möchte ich Herrn Kartheiser sagen, dass wir bis zum Ende des Jahres fast komplett auf LED-Technik

umgestiegen sind. Seit zehn Jahren investieren wir in diesen Umstieg, und seitdem dimmen wir die Beleuchtung zwischen Mitternacht und 6 Uhr. Dies senkt zwar unsere Nachfolgekosten, doch wir hatten bis hierhin auch beachtliche Investitionskosten. Außerdem gibt es gewisse Sicherheitsnormen, die nach wie vor eingehalten werden müssen, beispielsweise bei der Beleuchtung von Fußgängerstreifen. Zur Anmerkung bezüglich der Mülleimer auf dem Friedhof werde ich unseren technischen Mitarbeitern dies weiterleiten, damit wir im Rahmen der Neugestaltung der Wege auch eine adäquate Lösung für dieses Problem finden.

Herr Turcarelli hat angeregt, den Gewerbesteuerhebesatz zu senken. Dem muss ich entgegnen, dass wir fast keine Gewerbesteuer auf dem Gebiet unserer Gemeinde erwirtschaften. Unsere Eigeneinnahmen liegen bei rund 1,3 Millionen €. Würden wir unseren Hebesatz senken, würde dies zu einem Verlust bei der Verteilung der nationalen Gewerbesteuer führen. Wir haben absolut kein Interesse an einer Senkung des Hebesatzes, denn all die Betriebe in unserer Aktivitätszone zahlen nur wenig an Gewerbesteuer. Der Stellungnahme von Herrn Hautus habe ich nichts hinzuzufügen. Ich möchte Herrn Cruchten die Gelegenheit geben, vielleicht noch einiges zu ergänzen.

Schöffe Yves CRUCHTEN: Ich erlaube mir, noch einmal auf die Diskussion bezüglich der Einstellung von Pförtnern zurückzukommen. Der Schöffenrat hat nicht einfach so beschlossen, neue Pfortner einzustellen. Die Mitarbeiter des technischen Dienstes haben berechnet, wie viele Vollzeitposten notwendig sind, um die Überwachung und den Unterhalt der kommunalen Infrastrukturen und ihrer jeweiligen Umgebung zu gewährleisten. Das theoretische Resultat dieser Berechnung war 21,5 Vollzeitposten. Derzeit verfügen wir über 15 Vollzeitposten, darunter eine Person in einer Beschäftigungsmaßnahme, was uns dazu bewegt hat, die viel diskutierten Posten zu schaffen.

Herr Kartheiser hatte die Problematik der illegalen Mülldeponien aufgeworfen. Es wäre interessant, die genauen Zahlen der vom Revierförster festgestellten Vergehen zu haben, damit wir uns ein Bild des genauen Ausmaßes machen und etwaige Maßnahmen unsererseits in Erwägung ziehen können. Zum Thema Friedhof möchte ich daran erinnern, dass neben den jährlichen Betriebskosten von 160.000 € außerdem noch 460.000 € im außerordentlichen Haushalt vorgesehen sind für die Erneuerung der Wege. Das diesbezügliche Projekt wird dem Gemeinderat demnächst vorgestellt werden können, so dass diesem Missstand entgegengewirkt werden kann.

In Sachen Gewerbesteuer möchte ich zu den von Herrn Wolter getätigten Erklärungen noch hinzufügen, dass eine Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes nichts zur Attraktivität unserer Gemeinde beitragen würde, da wir nicht in einer Konkurrenzsituation mit anderen Gemeinden stehen. Wir verfügen über eine kommunale Handwerkszone und eine nationale Industriezone. Letztere wird mittelfristig noch ausgebaut werden, das Wirtschaftsministerium hat den Schöffenrat bereits darüber in Kenntnis gesetzt, dass dort in den kommenden Jahren zwischen 1.500 und 2.000 neue Arbeitsplätze entstehen sollen. Das ist auf eine große Nachfrage von Betrieben nach einem geeigneten Standort zurückzuführen, so dass es nicht nötig ist, die Werbetrommel zu rühren, damit neue Betriebe sich in unserer Gemeinde niederlassen. Der Hebesatz ist also kein Grund, weshalb ein Betrieb sich nicht bei uns niederlassen sollte. Der Schöffenrat hat im vorigen Jahr bei einem Tauschgeschäft ein Grundstück erworben, bei dem wir ein Wörtchen mitreden werden, wenn es darum geht, welche Art von Betrieb sich dort niederlassen wird, denn wir wünschen uns neben all den Produktionsbetrieben auch endlich einen Dienstleister. Man muss wissen, dass der Großteil der nationalen Gewerbesteuer von den Banken und Versicherungsgesellschaften erwirtschaftet wird und nicht von Produktionsfirmen wie Guardian, LuxPET oder BorgWarner. Herr Turcarelli sagt, dass wir nicht genug in den sozialen Wohnungsbau investieren. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist dermaßen schlecht, dass diese Aussage immer zutrifft. Allerdings hat die Gemeinde im letzten Jahr 2 Millionen € in diesem Bereich investiert und weitere Investitionen stehen im Haushalt des nächsten Jahres, mit Renovierungen von Häusern und dem Erwerb von Wohnungen, so dass die Gemeinde Käerjeng hier durchaus ihre Verantwortung übernimmt.

Zur Kritik, dass wir lediglich Startkredite für neue Projekte im Haushalt stehen haben, ist eine verständliche Kritik aus der Sicht eines Oppositionspolitikers. Ich denke jedoch, dass es in den meisten Gemeinden so gehandhabt wird, dass man zu Beginn einer Legislaturperiode neue Projekte studiert und erst nach Prioritäten in Angriff nimmt, wenn man die einzelnen Kostenpunkte kennt.

Ich habe 18 Jahre lang Oppositionspolitik in unserer Gemeinde gemacht und in dieser Zeit sicherlich nicht mit Kritik gespart. Ich habe stets gesagt, was in unseren Augen vielleicht fehlt oder was wir anders gemacht hätten, doch ich habe nie kritisiert, wenn zusätzliche Kredite beantragt wurden, denn es handelte sich immer um Zusatzkosten, die im Laufe der Umsetzung von Projekten durch Preiserhöhung oder durch leichte Abänderungen belegt werden konnten. Außerdem waren Zusatzkredite äußerst rar, und das Gleiche gilt für Überschreitungen bei den Endabrechnungen. Dies ist nicht bloß ein Verdienst des Schöffensrates, sondern auch der Verwaltung, die stets ein Auge darauf hat, dass es nicht zu Überschreitungen kommt. In den letzten drei Jahren allerdings mussten wir mehr als 10 Millionen € an Zusatzkrediten gewähren, die exklusiv auf die Teuerung im Bausektor zurückzuführen sind. Hier sind weder Verwaltung noch Schöffensrat dafür verantwortlich.

Rat Fernand KARTHEISER: Die Diskussion bezüglich des sozialen Wohnungsbaus ist sehr begrüßenswert und ich freue mich darauf. Ich bin ganz damit einverstanden, dass man die Aspekte der kommunalen Autonomie und der sozialen Betreuung diskutieren muss. Auch dass wir eventuell auf einen externen Partner zurückgreifen, ist durchaus vertretbar, denn ansonsten riskieren wir, dass uns die Personalkosten aus dem Ruder laufen. Einen Teil der Diskussionen müssen wir mit den staatlichen Verwaltungen führen, denn es scheint, als ob der Staat seine Aufgabe in verschiedenen Bereichen nicht schnell genug oder nicht ausreichend erfüllt, oder überzogene Forderungen stellt, sei es bei der Hochwasserbekämpfung, dem öffentlichen Transport oder der Forstwirtschaft. In all diesen Bereichen spielt der Staat die wichtigste Rolle und wir müssen uns überlegen, was wir überhaupt machen können oder inwiefern wir neue Wege einschlagen können. Ich möchte mich bedanken, dass Herr Cruchten sich den illegalen Mülldeponien widmen möchte und dass die würdigere Gestaltung des Friedhofs nun ein Thema wird. Zum Thema Verkehr möchte ich bemerken, dass es mit dem Einsatz von intelligenten Ampelanlagen möglich sein sollte, den Verkehrsfluss zu verbessern.

Bürgermeister Michel WOLTER: Seit 2015 warten wir darauf, dass die versprochenen intelligenten Ampelanlagen bei uns in den Einsatz kommen.

Rat Fernand KARTHEISER: Außerdem sollten wir dafür sorgen, dass an Bushaltestellen stets Einbuchungen geplant werden, damit die wartenden Busse den Verkehr nicht zusätzlich verlangsamen.

Bürgermeister Michel WOLTER: Darauf haben wir keinen Einfluss.

Rat Fernand KARTHEISER: Dann ist das ein weiterer Punkt, den wir mit Nachdruck mit den staatlichen Verwaltungen besprechen müssen. Danke für die Anstrengungen, die bereits im Kampf gegen die Lichtverschmutzung gemacht wurden. Dennoch denke ich, dass weitere Maßnahmen getroffen werden könnten, denn der Impact der Lichtverschmutzung auf die Natur ist nicht unwesentlich. Ansonsten bedanke ich mich für die ausführlichen Reaktionen.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Ich möchte mich noch dafür bedanken, dass wir auch weiterhin auf zwei Elektrobusse beim Schülertransport zurückgreifen. Vielleicht sollte man daran denken, dies im Text zum diesbezüglichen Haushaltsposten zu vermerken, damit man in aller Transparenz sieht, wo die Einnahmen durch den Klimapakt investiert werden. Was die Pfortnerposten angeht, ist es interessant zu wissen, dass eine genaue Berechnung der notwendigen Posten gemacht wurde. Hätte ich diese im Vorfeld gesehen, hätte ich vielleicht besser nachvollziehen können, aus welchen Gründen wir zusätzliche Pfortnerposten schaffen mussten.

Ich möchte auch klarstellen, dass ich nicht behauptet habe, dass die Ausgaben für Sensibilisierungskampagnen gesenkt worden wären. Ich habe gesagt, dass Posten gestrichen an einer Stelle wurden, ohne dass es konkrete Projekte an anderer Stelle geben würde. Es werden zum ersten Mal 15.000 € weniger als im Vorjahr in die Zusammenarbeit mit dem Syndikat SICONA investiert.

Bürgermeister Michel WOLTER: Und ich habe klargestellt, dass dafür 20.000 € bei anderen Haushaltsposten hinzukommen. Es wurde kein Haushaltsposten gestrichen, seit Sie nicht mehr im Schöffenrat sind.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Es wurden Projekte gestrichen, welche nun durch etwas Anderes ersetzt werden sollen.

Rat Vincenzo TURCARELLI: Ich wollte noch wissen, inwiefern bei den sozialen Mietwohnungen in regelmäßigen Abständen kontrolliert wird, dass die Mieter immer noch die Kriterien erfüllen. In Luxemburg beschwerten sich die Menschen beispielsweise, dass Mieter in Sozialwohnungen leben und dann stattliche Autos fahren.

Bürgermeister Michel WOLTER: Das passiert jährlich, so wie das Gesetz es vorsieht. Allerdings können wir nur aufgrund der Einkünfte der Mieter berechnen, und nicht aufgrund ihres Fuhrparks.

Schöffe Yves CRUCHTEN: Die Berechnung der monatlichen Miete basiert auf einem Gesetz aus dem Jahr 1998, das zuletzt 2006 abgeändert wurde. Ab einem gewissen Einkommen lohnt es sich nicht mehr, eine Sozialwohnung zu mieten, denn dann steigt der Mietpreis ziemlich progressiv. Der Hintergedanke ist, dass Menschen mit besseren Einkünften sich dann auch auf dem regulären Wohnmarkt umsehen sollen.

Bürgermeister Michel WOLTER: Nachdem nun alle Fragen beantwortet sind, können wir zur Abstimmung über die beiden Haushaltsdokumente übergehen.

Berichtigter Haushalt des Jahres 2023		
	Ordentlicher Haushalt in €	Außerordentlicher Haushalt in €
Total der Einnahmen	55.990.730,87	1.079.513,94
Total der Ausgaben	44.958.758,19	33.782.068,89
Überschuss 2023	11.031.972,68	
Defizit 2023		32.702.554,95
Überschuss Ende 2022	24.896.522,01	
Defizit Ende 2022		
Gesamter Überschuss	35.928.494,69	
Gesamtes Defizit		32.702.554,95
Übertrag		
Ordentlicher H. – Außerordentlicher H.	- 32.702.554,95	+ 32.702.554,95
Geschätzter Überschuss Ende 2023	3.225.939,74	
Geschätztes Defizit Ende 2023		

Berichtigter Haushalt des Jahre 2023: Gutheißen bei 14 JA-Stimmen (CSV, LSAP, déi gréng, DP, Piraten) und einer Enthaltung (ADR).

Haushalt des Jahres 2024		
	Ordentlicher Haushalt in €	Außerordentlicher Haushalt in €
Total der Einnahmen	58.573.473,53	11.737.526,00
Total der Ausgaben	49.330.971,14	23.803.257,18
Überschuss 2024	9.242.502,39	
Defizit 2024		12.065.731,18
Geschätzter Überschuss Ende 2023	3.225.939,74	
Geschätztes Defizit Ende 2023		
Gesamter Überschuss	12.468.442,13	
Gesamtes Defizit		12.065.731,18
Übertrag Ordentlicher H. – Außerordentlicher H.	- 12.065.731,18	+ 12.065.731,18
Geschätzter Überschuss Ende 2024	402.710,95	
Geschätztes Defizit Ende 2024		

Haushalt des Jahre 2024: Gutheißen bei 13 JA-Stimmen (CSV, LSAP, DP, Piraten) gegen 2 NEIN-Stimmen (déi gréng, ADR).

3. Kommunale Raumplanung und Umwelt

3.1) Allgemeiner Flächennutzungsplan der Gemeinde Käerjeng – Punktuelle Abänderung des Artikels 12 - Parkplätze

Bürgermeister Michel WOLTER: Die Punkte 3.1 und 4.1 hängen zusammen, und werden uns von Frau Juttel in ihren Einzelheiten erklärt.

Gemeindearchitektin Carole JUTTEL: Es geht hier hauptsächlich um eine Abänderung des Bautenreglements betreffend die Wohnformen. Seit der ersten Version des Reglements, welche mit dem neuen Flächennutzungsplan im Jahr 2015 in Kraft getreten ist, gibt es die Möglichkeit einer Wohngemeinschaft. Dementsprechend könnten in jeder zugelassenen Wohnung bis zu 4 Erwachsene in Form einer Wohngemeinschaft leben.

Das Bautenreglement ist eines von drei Dokumenten, welche die Regeln festlegen bezüglich der unterschiedlichen Bauformen, neben dem Flächennutzungsplan und den gesonderten Bebauungsplänen. Dies alles basiert auf der nationalen Gesetzgebung bezüglich der Kommunalplanung und Stadtentwicklung.

Seit Jahren genehmigen wir in Einfamilienhäusern lediglich Haushalte bestehend aus Menschen, unter denen eine gewisse Zusammengehörigkeit existiert, um versteckte möblierte Zimmer zu vermeiden. Dementsprechend haben wir einen Haushalt definiert als eine oder zwei volljährige Personen mit ihren jeweiligen Verwandten ersten Grades. Nun haben uns allerdings die staatlichen Behörden darauf aufmerksam gemacht, dass die Verordnungen im Bauwesen unabhängig von der Zusammensetzung von Haushalten anzusehen sind. Daraus erfolgt nun ein Paradigmenwechsel. Bisher haben wir keinen

Unterschied gemacht, ob der Wohnraum vom Eigentümer bewohnt wird oder vermietet wird. Künftig wird hier nun ein Unterschied gemacht.

Ein Gesetzesprojekt, das aktuell noch auf dem Instanzenweg ist, gibt unterdessen eine andere Definition des Begriffs Wohngemeinschaft als die, die wir bisher kannten. Laut diesem Text versteht man unter einer WG die Vermietung einer Wohnung an mehrere Mieter im Rahmen eines einzelnen Mietvertrags.

Bürgermeister Michel WOLTER: Bisher kannten wir also den Begriff der Familie, welcher aber nun aus urbanistischer Sicht nicht mehr existiert. Wir haben also öfters Menschen untersagt, sich in einem Haushalt anzumelden, wenn wir den Verdacht hatten, dass kein echter familiärer Zusammenhang bestehen würde. Dies ist nun nicht mehr möglich. Deshalb müssen wir uns neue Regeln geben, um zu verhindern, dass beispielsweise in Einfamilienhäusern 10 Erwachsene leben bei nur einem Garagenstellplatz. Wir haben unterschiedliche Regeln für Einfamilienhäuser und Mehrfamilienhäuser, von daher kann es nicht sein, dass mehrere Haushalte sich dort niederlassen, wo die Regeln von Einfamilienhäusern gelten, sowohl urbanistischer Natur als auch aus Sicht der öffentlichen Gesundheit.

Rat Fernand KARTHEISER: Wir basieren uns bei der Abänderung unserer Bautenverordnung also auf eine bestehende Gesetzgebung und auf ein Gesetzesprojekt. Ist dies nun wirklich der ideale Zeitpunkt für die Abänderung oder sollten wir auf das Inkrafttreten des Gesetzesprojektes warten?

Bürgermeister Michel WOLTER: Das Gesetzesprojekt hat keinen echten Einfluss auf diese Abänderung. Wir haben es nur gedanklich bereits mit eingefügt, um zu verhindern, dass wir im Nachhinein ein weiteres Mal eine Abänderung vornehmen müssten.

Gemeindearchitektin Carole JUTTEL: Mit der Abänderung verabschieden wir uns von jeglichem Bezug zu den Bewohnern und beschränken uns auf bautechnische Definitionen. Die Gesetzgebung ermöglicht einen Bewohner pro Schlafzimmer mit mindestens 9 Quadratmeter. Wir limitieren die Anzahl an Schlafzimmern pro Wohnung, je nach Größe der Wohnung. Die Anzahl der Garagenstellplätze setzen wir fest auf 0,5 pro möglichem Bewohner, beziehungsweise 0,75 ab dem 5. Bewohner.

Rat Vincenzo TURCARELLI: Zählt die Anzahl der Bewohner auch im Falle einer Familie?

Gemeindearchitektin Carole JUTTEL: Diese Bestimmungen spielen erst im Falle einer Neuzuweisung einer Wohnung in zur Vermietung ausgewiesene möblierte Zimmer. Ansonsten gelten die üblichen Bestimmungen.

Rat Arsène RUCKERT: Zählen Stellplätze auf dem Privatgrundstück auch, wenn es keine Garagenplätze sind?

Gemeindearchitektin Carole JUTTEL: Nein.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Ein Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung muss über zwei Garagenstellplätze verfügen. Dies schließt jedoch sehr viele Reihenhäuser aus, da diese zumeist nicht über zwei nebeneinanderliegende Stellplätze verfügen und so keine Einliegerwohnung genehmigt werden kann. Bei freistehenden Häusern könnte eine Garage zusätzlich gebaut werden, was allerdings weitere Flächenversiegelung mit sich bringt. Dies ist besonders in Zeiten von Hochwasserphänomenen nicht ratsam. Wenn man vielleicht Carports erlauben würde, könnte man auf die Versiegelung verzichten und beispielsweise auf Rasengitter zurückgreifen. Die gleiche Bemerkung gilt für Wohngemeinschaften, wo wir nur schwer nachvollziehen können, dass die Regeln ab dem fünften Bewohner ändern. Heutzutage entscheiden sich immer mehr Menschen, in einer WG zu wohnen, besonders junge Leute, die auf eigenen Füßen stehen wollen. Außerdem verzichten immer mehr Menschen auf ein eigenes Auto und greifen auf öffentliche Verkehrsmittel und Flex-Autos zurück. Als Gemeinde schaffen wir sozialen Wohnraum, was begrüßenswert ist, doch mit diesen Bestimmungen machen wir es Privatleuten schwer, ihren Wohnraum mit anderen zu teilen, weil es an Parkmöglichkeiten scheitert. Das ist für uns nicht nachvollziehbar und

deshalb werden wir dieser Abänderung nicht zustimmen. Wir würden es vorziehen, wenn auch nicht versiegelte Parkmöglichkeiten auf dem jeweiligen Privatgrundstück dazugezählt würden.

Rat Louis PHILIPPE: Ich denke, man muss die Diskussion der Wohngemeinschaften auf Basis von objektive Kriterien wie dem verfügbaren Wohnraum führen, anstatt auf Basis von Haushaltszusammenstellungen. Wir sind uns darüber einig, dass verfügbarer Wohnraum auch als solcher soll genutzt werden können. Wir machen Wohngemeinschaften möglich, doch wir riskieren, sie mit zusätzlichen Bedingungen wie Stellplätzen dann doch wieder unmöglich zu machen. Nichtsdestotrotz begrüße ich es, dass wir objektive Kriterien festlegen.

Bürgermeister Michel WOLTER: Man muss unterscheiden zwischen Gebäuden, die gebaut werden, um Wohngemeinschaften Platz zu bieten - diese fallen in meinen Augen unter die gleichen Bedingungen wie Mehrfamilienhäuser – und Häusern, in denen ein Maximum an Zimmer zur Miete angeboten werden. Wenn diese Zimmer den Bedingungen des Gesetzes von 2019 entsprechen, fehlt uns jedwede Handhabe zur Kontrolle, wie viele Menschen in einer Wohnung leben. Deshalb sind wir der Ansicht, dass man sich Hebel geben muss, mit denen man sicherstellt, dass solche Wohnverhältnisse sich in das Sozialgefüge unserer Gemeinde einfügen lassen. Wir möchten verhindern, dass unter dem Deckmantel der Wohnungsknappheit aus jedem Einfamilienhaus ein Mehrfamilienhaus wird, und in Vierteln, die sich auf eine gewisse Weise entwickelt haben, plötzlich Wohnstrukturen entstehen, die dort nicht hinpassen. Deshalb schlagen wir hier etwas vor, das der sozialen Zusammensetzung unserer Gemeinde Rechnung trägt, und trotzdem neue Wohnformen ermöglicht.

Gutheißen bei 14 JA-Stimmen (CSV, LSAP, DP, ADR, Piraten) gegen 1 NEIN-Stimme (déi gréng).

3.2) Punktuelle Abänderung des gesonderten Bebauungsplans „Falterbaach – rue de la Chapelle“ in Küntzig

Gemeindearchitektin Carole JUTTEL: Hier geht es um eine Abänderung an einem gesonderten Bebauungsprojekt in der Küntziger „Rue de la Chapelle“. Das genehmigte Bebauungsprojekt sieht den Bau von sieben Einfamilienhäusern vor. Die Abänderung betrifft einerseits zwei Grundstücke, die zusammengeschlossen werden sollen, damit darauf ein einzelnes Haus gebaut werden kann. Im Gegenzug soll ein anderes Grundstück insofern abgeändert werden, dass darauf ein oder zwei Häuser entstehen können, je nach Interesse der potentiellen Käufer. Außerdem soll bei jedem Los der Flächennutzungskoeffizient erhöht werden.

Einstimmiges Gutheißen.

4. Kommunale Verordnungen

4.1) Abänderung des kommunalen Bautenreglementes

*Diskussion unter Punkt 3.1)
Einstimmiges Gutheißen.*

4.2) Abänderung der internen Betriebsordnung der Grundschulen in Niederkerschen

4.3) Abänderung der internen Betriebsordnung der Grundschulen in Küntzig

Bürgermeister Michel WOLTER: Die Abänderungen an den Betriebsordnungen der Grundschulen in unserer Gemeinde werden vom Gemeindesekretär Jean-Marie Pandolfi erläutert.

Gemeindesekretär Jean-Marie PANDOLFI: Diese Abänderungen waren einerseits notwendig, da das Gesetz über die Schulpflicht geändert hat. Wir haben die Terminologie an die bestehende Gesetzeslage angepasst. Andererseits gibt es in Niederkerschen eine Linie, die den Zugang zu den Gebäuden eingrenzt. Diese Linie war zeitweise nicht mehr vorhanden, doch auf Nachfrage des Lehrpersonals wird sie nun wieder eingezeichnet und im Text der Betriebsordnung verankert. Eine solche Linie wird nun ebenfalls in Künftig eingezeichnet. Außerdem haben wir den Text stellenweise leicht abgeändert und die abgeänderten Bestimmungen bezüglich des Schülertransports angepasst. Wir haben den Schuldirektor um sein Gutheißes gebeten. Dieser hat die Betriebsordnungen an die Juristen des Bildungsministeriums weitergeleitet. Wir haben den Anmerkungen der Juristen Rechnung getragen.

Punkt 4.2) Einstimmiges Gutheißes.

Punkt 4.3) Einstimmiges Gutheißes.

5. Kommunalen Immobilienbestand

5.1) Erwerb von Grundstücken in Linger

Bürgermeister Michel WOLTER: Der Schöffenrat bittet den Gemeinderat um die Genehmigung, das Vorkaufsrecht für zwei Parzellen in Linger mit einer Gesamtfläche von 61,50 Ar zu nutzen. Diese Parzellen liegen in einem Naturschutzgebiet und in einer Überschwemmungszone. Der Eigentümer hatte uns die Parzellen zum Kauf angeboten, allerdings zum Doppelten des üblichen Preises, nämlich 1.300 € pro Ar. Deshalb haben wir das Angebot nicht angenommen. Als wir dann das übliche Schreiben des Notars erhalten haben, stellten wir fest, dass die Grundstücke nun für 650 € pro Ar den Besitzer wechseln sollten. Da die Fläche für uns interessant ist und der Preis nun stimmt, möchten wir unser Vorkaufsrecht nutzen und die Parzellen zum Preis von 40.000 € erwerben.

Rat Fernand KARTHEISER: Was ist unser Verwendungszweck? Können diese Parzellen für Kompensationsmaßnahmen genutzt werden?

Bürgermeister Michel WOLTER: Ja, und außerdem handelt es sich um eine sensible Zone im Überschwemmungsgebiet. Deshalb ist es interessant, diese Grundstücke in den kommunalen Bestand zu übernehmen, falls eventuell der Lauf der Korn verändert werden müsste.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Dieser Erwerb wird der Gemeinde auch im Rahmen des Naturpakts zugutekommen.

Einstimmiges Gutheißes.

6. Personalangelegenheiten

6.1) Betreuungseinrichtungen – Schaffen von Posten für die Bedürfnisse der neuen Maison Relais in Niederkerschen

Bürgermeister Michel WOLTER: Die neue Maison Relais wird ihre Türen voraussichtlich im April 2024 eröffnen. Die beigeordnete Direktionsbeauftragte der Betreuungsstrukturen, Frau Carina Costa, wird uns nun erklären, wieviel Personal wir benötigen, um die zusätzliche Maison Relais betreiben zu können.

Frau Carina COSTA: Bei der Berechnung basieren wir uns zu diesem Zeitpunkt auf die aktuelle Betriebsgenehmigung, da die offizielle Zulassung noch nicht vorliegt. Für die Betreuung von maximal 255 Kindern benötigt die Gemeinde laut dem großherzoglichen Reglement vom 14. November 2013 als inklusive Betreuungsstruktur einen Vollzeitposten eines Sozialpädagogen, 11 Vollzeitposten in der Laufbahn des diplomierten Erziehers, 1 Vollzeitposten eines administrativen Mitarbeiters und 14 Teilzeitposten in der Laufbahn des Hilfserziehers.

Bürgermeister Michel WOLTER: In der neuen Maison Relais werden also maximal 255 Kinder betreut werden können. Insgesamt werden wir also über eine Kapazität von etwa 670 Betreuungsplätzen verfügen, bei etwas mehr als 900 Grundschulern. Dementsprechend können wir rund 70% der Schüler einen Platz in einer Maison Relais anbieten. Laut den staatlichen Behörden soll dieses Verhältnis auf 100% steigen, wobei ich nicht sehe, wie wir das anstellen sollen. Nichtsdestotrotz liegen wir mit 70% im nationalen Vergleich recht gut. Wir werden aber nicht gleich bei der Eröffnung 255 Kinder zusätzlich betreuen, sondern in einer ersten Phase etwa 60. Dies ist die Anzahl von Kindern, die auf der Warteliste eingeschrieben sind. Diesen möchten wir für das dritte Schultrimester einen Platz anbieten. Ab dem nächsten Schuljahr werden wir dann sehen, wie viele Kinder eingeschrieben werden.

Zu diesem Zeitpunkt schaffen wir also Posten, die wir jedoch nicht alle gleich besetzen werden. Die Einstellung des Personals folgt also den realen Bedürfnissen der Maison Relais. Die Kriterien für die Einschreibung und die einzelnen Prioritäten bleiben bis auf weiteres unverändert.

Rat Fernand KARTHEISER: Der Weg, den wir einschlagen, scheint mir der richtige. Ich erlaube mir dennoch die Frage, ob wir bei 255 neuen Dossiers tatsächlich einen weiteren Vollzeitposten im Sekretariat der Maison Relais benötigen.

Frau Carina COSTA: Der Arbeitsaufwand beschränkt sich nicht auf die Einschreibung der neuen Kinder, sondern auch auf die administrative Betreuung der Dossiers, die Abmeldungen im Krankheitsfalle, das Verteilen der Informationen an die einzelnen Gruppen. Ehrlich gesagt frage ich mich, ob ein Vollzeitposten überhaupt ausreicht. Derzeit besteht unser Sekretariat aus zwei Vollzeitmitarbeiterinnen und einem Teilzeitposten von 30 Stunden pro Woche. Jeden Tag müssen beispielsweise mehr als 100 Mails bearbeitet werden.

Bürgermeister Michel WOLTER: Es geht nicht zuletzt auch darum, jeden Tag Präsenzlisten zu führen, die als Basis für die Abrechnung dienen. Außerdem müssen wir uns bewusst sein, dass die Disziplin unter den Eltern manchmal zu wünschen übrig lässt.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Ich möchte die Gelegenheit ergreifen, um die vermeintliche Inkohärenz bezüglich des Haushaltspostens für die Weiterbildung im Rahmen des Projektes „Natur genéissen“ anzusprechen.

Gemeindesekretär Jean-Marie PANDOLFI: Ich habe mich diesbezüglich bereits erkundigt. Der Haushaltsposten dient seit jeher für Weiterbildungskurse, jedoch nicht bloß im Rahmen des besagten Projektes. Beispielsweise wurden in diesem Jahr Auffrischkurse für Erste Hilfe darunter verbucht.

Einstimmiges Gutheißen.

7. Bestätigen von zeitlich begrenzten Verkehrsverordnungen

- 7.1) Zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in Niederkerschen, im Ort „Boulevard John F. Kennedy“, zwischen der „Cité Charles de Gaulle“ und der „Rue de la Continentale“, aus Dringlichkeitsgründen am 1. Dezember 2023 vom Schöffenrat beschlossen - Bestätigung

Einstimmiges Gutheißen.

- 7.2) Zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in Oberkerschen, im Ort „Rue de la Gare“, auf Höhe der Hausnummern 48, 48A und 48B, aus Dringlichkeitsgründen am 1. Dezember 2023 vom Schöffenrat beschlossen - Bestätigung

Einstimmiges Gutheißen.

8. Fragen und Antworten

Rat Christian KIRWEL: An der Ecke der „Rue Basse“ mit der „Rue de la Gare“ in Küntzig gibt es eine Gastwirtschaft. Vor dem Café wird seit geraumer Zeit alles Mögliche abgelagert. Davon abgesehen, dass es nicht sehr ansehnlich ist, ist es wohl nur eine Frage der Zeit, bis Ratten sich dort sammeln werden.

Bürgermeister Michel WOLTER: Als Bürgermeister bin ich verantwortlich für die öffentliche Sauberkeit. Ich werde unseren Ordnungsdienst damit beauftragen, sich die Angelegenheit anzusehen und einen Bericht zu verfassen. Der Eigentümer wird dann schriftlich dazu aufgefordert, die Sache in Ordnung zu bringen.

Schöffe Frank PIRROTTE: In diesem Zusammenhang müssen wir auch den Betreiber des gegenüberliegenden Restaurants darauf hinweisen, dass die Autos, die jetzt dort parken, wo im Sommer der Außenbereich des Restaurants war, den Verkehrsteilnehmern die Sicht nehmen.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Mir ist aufgefallen, dass an vielen Orten in unserer Gemeinde die Hauseigentümer ihre Hecken nicht immer zurückschneiden, so dass diese den Bürgersteig blockieren und Fußgänger, besonders mit Kinderwagen, dann über die Fahrbahn gehen müssen. Vielleicht könnten unsere Ordnungshüter sich das in der ganzen Gemeinde ansehen und eingreifen, wo es sich empfiehlt.

Bürgermeister Michel WOLTER: Wir werden regelmäßig von Bürgern auf solche Umstände hingewiesen, allerdings dann mit einer klaren Ortsangabe.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Spontan fällt mir die „Rue Nic. Roth“ in Oberkerschen und die Straße gleich hinter der Brauerei ein.

Bürgermeister Michel WOLTER: Jedes Jahr schreiben wir etwa 15 Briefe an Eigentümer, um sie auf ihre gesetzliche Verpflichtung hinzuweisen. In den meisten Fällen kommen diese der Aufforderung dann auch nach.

Rat Fernand KARTHEISER: Die Gemeinde hat vor Kurzem ein altes Haus in Fingig erworben. Nun liegen vor dem Haus zwei Feldbrocken. Was hat es damit auf sich?

Bürgermeister Michel WOLTER: Diese Brocken wurden dort abgelegt, nachdem Bürger aus Fingig uns darauf aufmerksam gemacht haben, dass immer mehr Autos vor dem besagten Haus abgestellt werden. Dies ist problematisch, da es sich genau um den Ort handelt, an dem die Schulkinder auf den Bus warten.

Rat Fernand KARTHEISER: Ich frage mich jedoch, ob die Brocken ihre Aufgabe erfüllen, so wie sie jetzt liegen. Ich werde mir das Ganze noch einmal vor Ort ansehen.

Bürgermeister Michel WOLTER: Auf diese Weise wollten wir die Situation entschärfen. Wir hatten es mit Markierungen versucht, doch das als Abschreckung nicht gereicht.

Rat Louis PHILIPPE: Gleich gegenüber wohnt jemand, der mit Autos zu handeln scheint, denn es werden oft Autos ohne Kennzeichen abgestellt.

9. Kommunale Kommissionen

9.1) Beratende Kommissionen – Ersetzen von Mitgliedern in den kommunalen Kommissionen

Bürgermeister Michel WOLTER: Die CSV schlägt vor, Frau Danielle Schmit als Ersatz für Herrn Luc Bauer in der Kulturkommission zu benennen. Herr Bauer wird dann für Frau Schmit in die Kommission für Jugend, Drittes Alter und Freizeitgestaltung wechseln.

Einstimmiges Gutheißen.

Ende der Sitzung: 11:50 Uhr.